Unterrichtung

(zu Drs. 16/1342, 16/2002 und 16/2106)

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 20.01.2010

Gewalt gegen Polizeibeamte konsequent entgegentreten!

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1342

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sport und Integration - Drs. 16/2002

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2106

Der Landtag hat in seiner 59. Sitzung am 20.01.2010 folgende EntschlieÙung angenommen:

Gewalt gegen Polizeibeamte konsequent entgegentreten!

1. Der Landtag stellt fest, dass die niedersächsische Kriminalstatistik 2008 mit rund 2 500 Fällen von Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte einen neuen Höchststand und gleichzeitig einen Anstieg gegenüber 2001 von 60 % erreicht hat.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung, weiterhin darauf hinzuwirken, dass Polizeibeamte vor Gewalt und Verletzungen, zum Beispiel bei Einsätzen gegen häusliche Gewalt, aufgrund von Hooliganausschreitung während Fußballspielen und im Rahmen von Demonstrationen mit rechts- oder linksextremistischem Hintergrund, sowohl durch einsatztaktische Überlegungen als auch durch weitere Verbesserung der persönlichen Ausstattung sowie der Fortbildung geschützt werden.
3. Der Landtag bittet die Landesregierung auch künftig sicherzustellen, dass von Gewalt betroffene Beamte in angemessenem Umfang Fürsorgeleistungen erhalten.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung zu prüfen, inwieweit die Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte durch den aktuellen Sanktionsrahmen abgedeckt sind.
5. Der Landtag unterstützt das Vorgehen der Landesregierung, gemeinsam mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) sowie dem Landeskriminalamt Niedersachsen zu untersuchen, wie sich die Gewalt gegenüber den Polizeibeamten während der Dienstausbung quantitativ und qualitativ entwickelt hat.
6. Der Landtag stellt fest, dass bei Vorliegen der Studie des KFN und des Landeskriminalamtes auf Grundlage derselben weitere auch gesetzgeberische Schritte zu treffen sein werden, um Gewalttaten gegenüber Vollzugsbeamten zukünftig zu unterbinden. Vor dem Hintergrund dessen, dass eine Vielzahl von Gewaltdelikten unter Einfluss von Alkohol und Betäubungsmitteln erfolgt, sind auf der Basis der Studie wirkungsvolle Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, um diese Ursache von Kriminalität zu bekämpfen.

(Ausgegeben am 21.01.2010)